



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 20.12.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 05.12.2011, 16:00 Uhr bis 17:45 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Frau Yvonne Gebauer	FDP
Herr Martin Schöppe	PRO KÖLN

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Katrin Gutknecht	auf Vorschlag der FDP
Frau Claudia Klein	auf Vorschlag der FDP
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU

Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Jörg Uckermann	auf Vorschlag von pro Köln
Frau Elke Hoheisel-Adejolo	auf Vorschlag der Linken

Für die Katholische Kirche

Herr Michael Bold

Für die Evangelische Kirche

Frau Beate Habets

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ebru Coban	auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Für die Bezirksschülervertretung

Herr Lukas Lorenz

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Vertreter/innen des Amtes für Schulentwicklung, des Schulamtes der Stadt Köln, des Amtes für Weiterbildung und der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hanne Kirchhoff	auf Vorschlag der SPD
Herr Daniel Dahm	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

Für die Katholische Kirche

Frau Christiane Mauritz

Für die Evangelische Kirche

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Fevzi Bayrak	auf Vorschlag des Integrationsrates
-------------------	-------------------------------------

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg

auf Vorschlag der

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Für die Bezirksschülervertretung

Frau Judith Häuser

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der **Schulpost** und die Informationsbroschüren zu **Weiterführenden Schulen in Köln**, Sekundarstufe I und II ausgelegt wurden.

Herr Ashkan Lange hat sein Mandat als sachkundiger Einwohner niedergelegt.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

- TOP 3.2.1.1 und TOP 3.2.1.2 wurden zusammengefasst zu TOP 3.2.1 .
- Neu sind die Anfragen unter TOP 3.2.2 bis TOP 3.2.4 (als **Tischvorlage**).
- Die Vorlage 3038/2011 unter TOP 5.1 zum Neubau der Grundschule Fühlinger Weg fällt wegen der Auftragshöhe in die Zuständigkeit des Rates. Sie wird zu einem späteren Zeitpunkt nochmals vorgelegt.
- Die Vorlage 3835/2011 unter TOP 5.2 zum Ausbau der Qualität im Offenen Ganztage im Bereich kultureller Bildung wurde von der Verwaltung zurückgezogen, weil die Zuständigkeit des Rates gegeben ist. Der Rat hat in seiner Sitzung am 13.10.2011 bereits entschieden (vgl. hierzu die Mitteilung unter TOP 6.3.11).
- Die Vorlage 2918/2011 unter TOP 5.5 zur Planungsaufnahme für die OGTS-Küche in der Schule Ernstbergstraße hat sich erledigt, weil sie unverändert wie im ersten Durchgang beschlossen wurde.
- Neu sind auch die Vorlagen unter TOP 5.9 bis TOP 5.13, die Mitteilungen unter TOP 6.3.4 bis TOP 6.3.14, die Personalien unter TOP 12.1 bis TOP 12.3 und die Vorlage im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 13.1.
- Die Vorlage 4687/2011 zur Änderung der Zuständigkeitsordnung unter TOP 13.2 wird von der Verwaltung zurückgezogen und zunächst den Bezirksvertretungen zur Vorberatung vorgelegt. Anschließend wird sie im nächsten Jahr erneut eingebracht.
- Der Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen (TOP 6.4.1) wurde bereits in der letzten Sitzung im September als Tischvorlage vorgelegt. Der aktuelle Bericht (TOP 6.4) entfällt, da er nicht rechtzeitig zur Sitzung mitgezeichnet wurde.
- Der Bericht aus dem Unterausschuss Ganztage lag bis zur Sitzung noch nicht vor und wird zur nächsten Sitzung nachgereicht (TOP 11.4 entfällt).

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitglieds des Ausschusses Schule und Weiterbildung

0.2 Verpflichtung von zwei sachkundigen Einwohnerinnen

1 Niederschriften

1.1.1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 26.09.2011, 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anlage 1 zur Niederschrift: Einstellung von Sekretärinnen und Sekretären an Kölner Schulen (Beantwortung der mündl. Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann aus der Sitzung vom 27.06.2011)
3911/2011

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 EU-Schulobstprogramm
AN/1588/2011

3.1.2 Wie kann der Bedarf an Gesamtschulplätzen gedeckt werden?
AN/1638/2011

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Schüler-Vandalismus im Freilichtmuseum Kommern
AN/1799/2011

Anfrage der Fraktion Freie Wähler Köln vom 06.10.2011 - Schüler-Vandalismus im Freilichtmuseum Kommern -
4347/2011

3.2.2 Schulsozialarbeiterstellen für Kölner Schulen
AN/2163/2011

3.2.3 Schulprojekt KLASSE
AN/2166/2011

3.2.4 Inklusionsplan an Kölner Schulen
4988/2011

4 Anträge gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Aktuelle Stunde zum Thema "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch kriminelle Jugendliche" (vom Rat verwiesen in der Sitzung vom 13.10.2011)
AN/1839/2011

5 Vorlagen der Verwaltung

5.1 -Vorlage zurückgezogen-

5.2 -Vorlage zurückgezogen-

5.3 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord
Überarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans im Bereich Vogteistraße/Ecke Gereonswall: Mensagebäude
1688/2011

5.4 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule
4166/2011

5.5 -erledigt-

5.6 Einrichtung der Käthe-Kollwitz-Realschule, Petersenstr. 7, 51109 Köln (Brück)
3258/2011

5.7 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14
2715/2011

5.8 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im Bereich der Tollerstraße
3058/2011

5.9 Erich Kästner-Gymnasium, Castroper Str. 7, 50735 Köln; Erneuerung der Fachräume Werken und Kunst
4242/2011

- 5.10 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"Riehl Kids e.V."
4576/2011
- 5.11 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
hier: "Pass op Trägerverein der Offenen Ganztagschule der Brüder-Grimm-
Schule, Köln-Sürth e.V."
4597/2011
- 5.12 Ausstattung der Verwaltungsbereiche der Schulen mit Informationstechnik
4111/2011
- 5.13 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in
Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung
3103/2011

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

- 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
- 6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 6.3 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.3.1 Angebote der Gewaltprävention in Schulen
3940/2011
 - 6.3.2 Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen
Sachstandsbericht Stand 20.07.2011
3906/2011
 - 6.3.3 Stellungnahme des Integrationsrates zur interkulturellen Öffnung der Stadt-
verwaltung
4033/2011
 - 6.3.4 Bewertung von bildung.koeln.de durch Stiftung Warentest (3763/2011)
4175/2011
 - 6.3.5 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/ 2012
4402/2011
 - 6.3.6 Wissenschaft im Rathaus - Programm 2012
4566/2011
 - 6.3.7 Projektbeginn Mülheim 2020
4599/2011

- 6.3.8 Abschließende Anpassungen und Mittelumschichtungen bei Maßnahmen des KP II im Dezernat für Bildung, Jugend und Sport
4543/2011
- 6.3.9 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010
4226/2011
- 6.3.10 Sachstandsmitteilung Schulzentrum Rochusstraße
4755/2011
- 6.3.11 Ausbau der Qualität des Offenen Ganztags im Bereich kultureller Bildung
4653/2011
- 6.3.12 Kabinettsentwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW - Beschluss des Integrationsrates
4822/2011
- 6.3.13 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bildungspaket der Bundesregierung
4589/2011
- 6.3.14 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011
hier: Ausblick auf die Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung
4741/2011
- 6.4 Mitteilung über den Stand der Schulbausanierung
 - 6.4.1 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau
3884/2011
- 7 Anfragen
- 8 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitglieds des Ausschusses Schule und Weiterbildung

Das vom Rat ernannte neue stimmberechtigte Mitglied des Ausschusses, Frau Kirsten Jahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, brauchte nicht mehr verpflichtet zu werden, da sie bereits Mitglied des Rates ist.

0.2 Verpflichtung von zwei sachkundigen Einwohnerinnen

Frau Manderla verpflichtet **Frau Claudia Klein und Frau Katrin Gutknecht** auf Vorschlag der FDP-Fraktion als sachkundige Einwohnerinnen als nicht stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 1,3 oder 4 GO.

1 Niederschriften

1.1.1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 26.09.2011, 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

**Anlage 1 zur Niederschrift: Einstellung von Sekretärinnen und Sekretären an Kölner Schulen (Beantwortung der mündl. Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann aus der Sitzung vom 27.06.2011)
3911/2011**

Die Vorlage mit der Anlage wurden vorab zur Verfügung gestellt. Sie werden zur Kenntnis genommen.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, fragt zu TOP 6.3.5 nach, ob mittlerweile das in der letzten Sitzung des Schulausschusses angekündigte Gespräch mit der Polizei zur Intensivierung der Präsenz in den Schulen geführt wurde.

Frau Dr. Klein antwortet, dass ein solches Gespräch für Januar 2012 geplant ist. Das Ergebnis dieses Gesprächs wird ggfs. zur nächsten Sitzung vorgelegt.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

**3.1.1 EU-Schulobstprogramm
AN/1588/2011**

Die Anfrage mit der zugehörigen Beantwortung wurden vorab zur Verfügung gestellt.
Sie werden zur Kenntnis genommen.

**3.1.2 Wie kann der Bedarf an Gesamtschulplätzen gedeckt werden?
AN/1638/2011**

Die Anfrage mit der zugehörigen Beantwortung wurden vorab zur Verfügung gestellt.
Sie werden zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

**3.2.1 Schüler-Vandalismus im Freilichtmuseum Kommern
AN/1799/2011**

**Anfrage der Fraktion Freie Wähler Köln vom 06.10.2011 - Schüler-
Vandalismus im Freilichtmuseum Kommern -
4347/2011**

Die Anfrage und ihre Beantwortung wurden vorab vorgelegt.
Sie werden zur Kenntnis genommen.

**3.2.2 Schulsozialarbeiterstellen für Kölner Schulen
AN/2163/2011**

Die Anfrage wird als Tischvorlage vorgelegt.

Frau Dr. Klein beantwortet die Anfrage mündlich. Die Stellen für Schulsozialarbeiter/innen in den 58 betroffenen Grundschulen werden durch Träger der Offenen Ganztagschule oder durch andere Träger besetzt. Von 25 Schulen liegen Meldungen der Träger vor. Zum 01. November konnten nur 2 Stellen besetzt werden, weil das Besetzungsverfahren eine gewisse Anlaufzeit benötigt. Ein Großteil der Stellen in den Grundschulen wird zum 01.01.2012 und später besetzt. Für die von der Stadt Köln durchgeführten Stellenbesetzungen für die Förder- und weiterführenden Schulen sind die internen und externen Ausschreibungen erfolgt. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist liegen 106 Bewerbungen vor. Im Dezember finden erste Auswahlrunden statt. Je nach Kündigungsfristen erfolgt die Einstellung auch hier ab 01.01.2012 und später. Zum 01. November hat eine Fachkraft bereits ihren Dienst aufgenommen.

Frau Manderla hat eine Nachfrage zum Berufsbild und möchte wissen, ob alle Bewerber Sozialarbeit studiert haben oder ob es auch Quereinsteiger gibt.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es sich durchweg um ausgebildete Sozialarbeiter/innen handelt, doch habe sie nicht die einzelnen Bewerbungen sichten können.

3.2.3 Schulprojekt KLASSE AN/2166/2011

Die Anfrage wird als Tischvorlage vorgelegt.

Die Antwort der Verwaltung lag zur Sitzung noch nicht vor.

3.2.4 Inklusionsplan an Kölner Schulen 4988/2011

Die Anfrage und die Antwort der Verwaltung werden als Tischvorlage vorgelegt.

Die Tischvorlage konnte noch nicht gesichtet werden.

Sollten sich Nachfragen ergeben, so werden diese schriftlich gestellt.

4 Anträge gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Aktuelle Stunde zum Thema "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch kriminelle Jugendliche" (vom Rat verwiesen in der Sitzung vom 13.10.2011) AN/1839/2011

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner, führt zunächst aus, warum seine Fraktion einen Antrag auf eine aktuelle Stunde zum Thema in den Rat eingebracht hat und stellt anerkennend fest, dass die als Tischvorlage von der Verwaltung vorgelegte Broschüre zur „gewaltfreien Erziehung in der Schule“ unter anderem auf das Thema Cybermobbing eingeht, das ihm besonders am Herzen liegt.

Frau Dr. Klein stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die zu TOP 6.3.1 vorgelegte Broschüre bereits im September, also vor dem Antrag auf die aktuelle Stunde, erstellt wurde und erst jetzt fertiggestellt werden konnte.

Frau Manderla fragt in die Runde, ob es weitere Wortmeldungen zum Thema gebe. Das ist nicht der Fall.

5 Vorlagen der Verwaltung

5.1 -Vorlage zurückgezogen-

5.2 -Vorlage zurückgezogen-

5.3 Bildungslandschaft Altstadt-Nord in Köln-Altstadt/Nord Überarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans im Bereich Vogtei- straße/Ecke Gereonswall: Mensagebäude 1688/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, weist darauf hin, dass nach dem ursprünglichen Standortvorschlag für die Mensa 2 schützenswerte Bäume der Baumaßnahme weichen müssten. Der nachgebesserte Vorschlag (Variante 2, Anlage 7 der

Vorlage) eines Architektur- und Landschaftsplanungsbüros in Absprache mit der Bürgerinitiative erhält sowohl diese beiden Bäume als auch einen in den 70er-Jahren geschaffenen Treffpunkt aus Beton. Mit diesem neuen Entwurf ist nicht nur die Bürgerinitiative, sondern auch die Bildungslandschaft selbst sehr zufrieden.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass die von Frau Fuhrmann erwähnte Variante im ergänzten Beschlusstext des Ausschusses für Umwelt und Grün enthalten ist.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßt für seine Fraktion das Zustandekommen dieses Kompromisses. Er begrüßt die Lösung, dass ein Teil des Parkes mitgenutzt werden soll, ohne dass bauliche Veränderungen wie etwa ein Zaun stattfinden, als vorbildlich und kostensparend in Bezug auf die geringe Schulhofflächen.

Herr Lorenz, Bezirksschülerversammlung, befürchtet im Hinblick auf ähnliche Fälle (z.B. Schulzentrum Mengenich / Görlinger Zentrum), dass diese Lösung aus versicherungstechnischen Gründen nicht zulässig ist, und fragt nach, ob die Schulen den Park tatsächlich nutzen wollen.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es bei Schulhöfen ohne Zaun das Problem der Aufsicht gibt, doch sei dies den in der Bildungslandschaft Altstadt Nord enthaltenen Bildungseinrichtungen bekannt und sie ist zuversichtlich, dass die Schule in der Praxis ein wirksames Konzept entwickelt, die Aufsicht sicherzustellen. Einen Zaun wird es dort aber nicht geben.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, gibt zu Bedenken, dass es in der von der Bürgerinitiative entwickelten Variante einen ausgewiesenen Fehlbedarf von 74 m² gebe, das entspricht einem ganzen Raum. Sie fragt nach, welche Überlegungen es gibt, diesen Fehlbedarf auszugleichen.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, wendet dagegen ein, dass dieser Fehlbedarf in dem Vorschlag des Büros aus Wien (Variante 2, Anlage 7) nicht mehr besteht, weil dieses Konzept die Vorgaben erfüllt. Sie plädiert deshalb dafür, dieser Variante zuzustimmen.

Dem folgt dann auch das Gremium.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden **ergänzten Beschlusstext (wie Bezirksvertretung 1 und Ausschuss für Umwelt und Grün)** zu beschließen:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die weitere Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes im Bereich Vogteistraße/Ecke Gereonswall die Variante 2 "minimierte Grundfläche" (Anlage 7) zugrunde zu legen.

In Bezug auf Anlage 2, Seite 1 letzter Absatz wird festgelegt, dass die Außenflächen nicht als „Schulhoffläche“ ausgestaltet und auch nicht dem Schulgrundstück des Hansa-Gymnasiums zugerechnet werden dürfen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Beschluss über die Auswertung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) im Juli 2011 zur zukünftigen Entwicklung der ehemaligen Archivflächen in Köln-Altstadt/Süd zur Weiterbearbeitung im Wettbewerb Kaiserin-Augusta-Schule 4166/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Manderla und Herr Dr. Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, weisen darauf hin, dass unter TOP 5.4 -anders als in der Überschrift genannt- vom Ausschuss Schule und Weiterbildung nicht beschlossen werden kann, da der Stadtentwicklungsausschuss zuständig ist. Beide sehen den TOP richtiger angesiedelt bei den Mitteilungen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, sieht dagegen eine Vorberatung mit dem Ergebnis einer Empfehlung an den Stadtentwicklungsausschuss als **sinnvoll** an, weil der Bereich Schulen betroffen ist und der Ausschuss ggfs. mit einer Zustimmung deutlich macht, dass er möchte, dass die Ergebnisse des moderierten Workshops in die weitere Planung einfließen sollen.

In diesem Sinne sind alle mit einer Vorberatung einverstanden und stimmen über den Wortlaut des Beschlussvorschlages an den Stadtentwicklungsausschuss ab.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die geprüften, ausgewerteten und mit den jeweiligen Empfehlungen zur Weiterbearbeitung versehenen Ergebnisse aus der intensiven Bürgerbeteiligung (moderierter Workshop) am 15. und 16.07.2011 in das weitere Verfahren "Realisierungswettbewerb Erweiterung Kaiserin-Augusta-Schule – mit städtebaulichem Ideenteil" einfließen zu lassen (vergleiche Anlage 1).“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.5 -erledigt-

5.6 Einrichtung der Käthe-Kollwitz-Realschule, Petersenstr. 7, 51109 Köln (Brück) 3258/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt - vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Kalk - die Einrichtung und Ausstattung der Käthe-Kollwitz-Realschule, Petersenstr. 7, im Rahmen der Generalinstandsetzung.

2. Er empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:
„Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Kassenmittel in Höhe von 443.000 €. Die Finanzmittel stehen im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, bei Zeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen – bereit.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.7 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14 2715/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Dr. Klein ist erfreut darüber, dass weitere Schulen in den gebundenen Ganztagsbetrieb gehen und erklärt in Bezug auf das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, welches gemäß der neuen **Anlage 9** sein Interesse zurückgezogen hat, dass dies in der besonderen Situation der Schule begründet ist: Die Schule ist noch immer am Neumarkt untergebracht und kann aller Voraussicht nach im Juni 2012 in ihr Stammhaus zurückziehen. Die Schule wolle sich mit der Frage des Ganztages in Ruhe befassen, wenn sie im neuen Gebäude angekommen ist.

Frau Manderla äußert im Namen der Politik Verständnis für diese besondere Situation des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen (**neuer Beschlussvorschlag wie in Anlage 9**):

- „1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 die Einführung des Ganztagsbetriebs gem. § 9 Abs. 1 SchulG NRW

an den Gymnasien:

1. Apostelgymnasium, GY Biggestraße 2, 50931 Köln-Lindenthal
2. Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium, GY Nikolausstraße 51-53, 50937 Köln-Sülz,
3. Genovevagymnasium, GY Genovevastraße 58-62, 51063 Köln-Mülheim

zum 01.08.2012

und an den Schulen:

1. Eichendorf-Schule, Realschule Dechenstraße 1, 50825 Köln-Neuehrenfeld
2. Hauptschule Rendsburger Platz 1, 51065 Köln-Mülheim

zum 01.08.2013.

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben.

Für die Schulen, die den Ganztagsbetrieb einführen, sind unverzüglich die für die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen herbeizuführen.

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Zusetzung von 0,04 Stelle Schulsekretär/in auf der Basis folgender Bewertung:

Gymnasien / Realschulen = VGr. VII/VIb, Fg. 1b/1b BAT entspricht EG 5 TVöD;
Hauptschulen = VGr. VII, Fg. 1a BAT entspricht EG 5 TVöD.

Die weiterhin erforderlichen Stellenzusetzungen erfolgen sukzessive entsprechend der jahrgangsweise aufbauenden Aufnahme des Ganztagsbetriebs (siehe Anlage 11). Danach ergibt sich insgesamt ein zusätzlicher Mehrbedarf von 0,39 Stellen ab dem Schuljahr 2018/19, der dauerhaft bereitzustellen ist.

Sollte der Stellenplan 2012 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtungen noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die im Hj. 2012 entstehenden zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 736,71 € werden im Rahmen des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben, bereitgestellt. Die in den Folgejahren zusätzlich entstehenden Personalkosten (Hj. 2013 = 2.985,02 €, Hj. 2014 = 5.905,65 €, Hj. 2015 = 8.826,28 €, Hj. 2016 = 11.746,91 €, Hj. 2017 = 13.930,84 €, Hj. 2018 = 15.083,37€, ab Hj. 2019 = 15.873,00 €) sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitzustellen.

- 3.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.8 Fußgängerbrücke über die Militärringstraße und Fußgängerbrücke im Bereich der Tollerstraße 3058/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßt es, dass hiermit einmal ein Beschlussvorschlag eingereicht wird, durch welchen die Stadt Köln einige 100.000 Euro spart. Die nun vorgelegte Variante sei erheblich besser als der ursprüngliche Vorschlag.

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner, wendet dagegen ein, dass es sinnvoller wäre, die bestehende Brücke aus Mitteln des Schulbaus zu ertüchtigen, denn dann

hätten alle etwas davon. Mit Brücke sei beispielsweise für den Sportunterricht die Großsportanlage schneller erreichbar.

Frau Manderla weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung über den Beschluss beraten habe und schlägt vor, deren Beschluss zu folgen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat stimmt der dargestellten Variante 3 zu und beschließt, auf den Neubau der beiden Brückenbauwerke (Fußgängerbrücke über der Militärringstraße in Verlängerung der Tollerstraße sowie Verbindungsbrücke zwischen den Schulgrundstücken) zu verzichten. Die derzeit getrennten Schulhöfe der Max-Ernst-Gesamtschule sollen zukünftig zusammengelegt werden.

Als Ersatz für den in Verlängerung der Tollerstraße zwischen den Schulgrundstücken liegenden Gehweg wird im Zuge der Stadtbahnmaßnahme eine neue Wegeverbindung vom Wendehammer Schumacherring zum Militärring realisiert.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion ProKöln.

5.9 Erich Kästner-Gymnasium, Castroper Str. 7, 50735 Köln; Erneuerung der Fachräume Werken und Kunst 4242/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, merkt an, dass ihn der hohe Preis von 390.000 Euro für 3 Räume zunächst entsetzt habe, insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Rechnungsprüfungsamt in seiner Stellungnahme massive Kritik an den angegebenen (zu diesem Zeitpunkt noch niedrigeren) Baukosten geübt hat und eine entsprechende Kostenrechnung zur Prüfung eingefordert hat. Er warnt davor, diese kritischen Anmerkungen der Fachleute einfach zu übergehen und die Vorlage dann trotzdem zu beschließen. Er erwartet eine genauere Aufstellung über die einzelnen Kostengruppen und eine Erklärung darüber, ob diese Kosten angemessen sind.

Auch Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, ist nicht deutlich geworden, welche Kostengruppen tatsächlich in dem genannten Gesamtbetrag sind. Sie möchte wissen, ob die Anschaffung von Mobiliar, die Umrüstung und anderes bereits mit einberechnet wurden. Darüber hinaus möchte sie wissen, warum man bei einem Zeichenraum mit 15.000 Euro auskommt, während diese Räume so teuer sind.

Frau Dr. Klein sagt eine detaillierte schriftliche Aufschlüsselung der einzelnen Kostengruppen für die nächste Sitzung des Ausschusses Ende Januar 2012 zu, bittet aber darum, im Hinblick auf den Hinweis im letzten Schreiben, dass die veranschlagten Kosten als angemessen erscheinen, die Maßnahme an sich nicht durch ein Zurückstellen der Entscheidung zu verzögern.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, ergänzt noch, dass wenn man nun schon über die Vorlage entscheide, ohne die entsprechenden Unterlagen vorliegen zu haben, die Nachfrage nach den Angaben nicht dazu führen darf, dass die einheitliche Verwaltungsmeinung geschönt wird. Er möchte eine nachvollziehbare Erklärung haben, warum die Kosten trotz der anfänglich harten Kritik schließlich doch als ange-

messen eingestuft wurden. Er habe jedoch nicht vor, eine Maßnahme anzuhalten, welche in der Schule dringend benötigt wird.

Dem schließt sich auch Frau Manderla an: auch sie möchte die Einzelheiten erfahren, schlägt aber vor, die Vorlage zu beschließen unter dem Vorbehalt, dass die Verwaltung die entsprechenden Informationen zur nächsten Sitzung nachliefert.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Durchführung einer Fachraumerneuerung der Fachräume Werken und Kunst des Erich Kästner-Gymnasiums Castroper Str. 7, 50537 Köln mit Gesamtkosten von 390.000 Euro.

Die Verwaltung wird aufgefordert, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung die betroffenen Kostengruppen gesondert aufzuschlüsseln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.10 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Riehl Kids e.V." 4576/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, weist auch zu diesem und dem folgenden TOP darauf hin, dass der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nicht zuständig ist, die Anerkennung des genannten Trägers zu beschließen. Er schlägt deshalb auch hierzu vor, als vorbereitendes Gremium eine Empfehlung an den zuständigen Jugendhilfeausschuss auszusprechen. Für die Zukunft bittet er jedoch darum, dass der Charakter einer Empfehlung in der Überschrift der Vorlage dokumentiert wird oder stattdessen – sofern der Ausschuss kein eigenes Votum treffen möchte – die Form einer Mitteilung gewählt wird.

Frau Dr. Klein erklärt, dass auch hier ein anderes Gremium als entscheidendes Gremium zuständig ist, der Schulausschuss aber das Recht habe, ggfs. vorab darüber zu beraten und ein eventuelles Veto als Vorschlag mit in die Beratungsfolge zu geben. Sofern der Ausschuss Schule und Weiterbildung aber keine Einwände gegen die Sache hat, bittet sie um Zustimmung, welche dann dem Jugendhilfeausschuss als entscheidendes Gremium mitgeteilt wird.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, möchte grundsätzlich nicht auf das Recht der Beratung verzichten, sofern es sich um Angelegenheiten handelt, die das Thema Schule betreffen. Ein solches Recht besteht bei Mitteilungen nicht.

Frau Senol, Fraktion Die Linke, vermisst die Namen von Migranten in den Reihen der Vorstandsmitglieder der beiden unter TOP 5.10 und 5.11 anzuerkennenden Träger der freien Jugendhilfe. Sie möchte, dass auch Migranten im Vorstand solcher Träger mitarbeiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, wie folgt zu beschließen:

„Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Riehl Kids e.V.“, Garthestr. 20-24, 50735 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 2 SGB VIII anzuerkennen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.11 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
hier: "Pass op Trägerverein der Offenen Ganztagschule der Brüder-Grimm-Schule, Köln-Sürth e.V."
4597/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, wie folgt zu beschliessen:

„Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Pass op Trägerverein der Offenen Ganztagschule der Brüder-Grimm-Schule, Köln-Sürth e.V.“, Sürther Hauptstr. 149, 50999 Köln als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.12 Ausstattung der Verwaltungsbereiche der Schulen mit Informations-
technik
4111/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, möchte gerne wissen, wie weit es gesichert ist, dass die Schulen das Angebot der „Support-Vereinbarung“ annehmen. Seiner Ansicht nach setzt dies voraus, dass die Schulen entsprechende Fortbildungen erhalten.

Frau Heuer bestätigt, dass die benötigten Fortbildungen für die Schulsekretärinnen bereits geplant werden. Für andere Schulbedienstete besteht noch Abstimmungsbedarf mit der zuständigen Bezirksregierung. Das Fortbildungsangebot der Kompetenzteams muss auf die jeweilige Schule noch angepasst werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, wünscht in Zukunft auch eine Mitteilung darüber, ob und wie die Verwaltungskräfte an den Schulen dieses Angebot annehmen.

Frau Heuer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass am 28.02.2012 eine Bilanzkonferenz stattfindet, welche den Sachstand zu den Vorschlägen aus den Dialogkonferenzen darstellen soll. Sie hofft, dass im Protokoll dazu eine Beantwortung der Fragen, was sich verbessert hat, ablesbar ist. Darüber hinaus will man in regelmäßigen Abständen bei den Schulen den Grad der Zufriedenheit abfragen.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung nimmt das Handlungskonzept zur „Förderung der Medienkompetenz an Kölner Schulen“ (Verwaltungsbereiche der Schulen) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung

1. ein Muster der „Support-Vereinbarung“ (SLA) zu entwickeln, in dem die zur Verfügung gestellten Dienste und das Supportangebot dargestellt werden,
2. abzufragen, welche Schulen nach dem unter II und III. des Handlungskonzeptes dargestellten Standard ausgerüstet werden möchten,
3. dem Ausschuss einen Bericht und eine Kostenberechnung zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.13 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung 3103/2011

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass sich im interfraktionellen Gespräch vor der Sitzung noch Beratungsbedarf ergeben hat.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, lobt die Vorlage grundsätzlich in Bezug auf die Evaluation und weist klarstellend darauf hin, dass eine Weitergabe der Entscheidung in den Rat nicht bedeute, dass man etwas gegen die Vorlage einzuwenden habe.

Frau Manderla ist gespannt auf das Beratungsergebnis der Bezirksvertretungen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

6.3 Mitteilungen der Verwaltung

6.3.1 Angebote der Gewaltprävention in Schulen 3940/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

6.3.2 Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen
Sachstandsbericht Stand 20.07.2011
3906/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.
Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, wünscht im Hinblick auf das Datum des Berichtes eine aktuellere Sachstandsmitteilung.

6.3.3 Stellungnahme des Integrationsrates zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung
4033/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.
Frau Coban, sachkundige Einwohnerin, begrüßt im Namen des Integrationsrates, dass die Stadtverwaltung den Beschluss des Integrationsrates zur interkulturellen Öffnung unterstützt und wünscht sich, dass interkulturelle Kompetenz zu einer Voraussetzung bei der Einstellung städtischen Personals wird.

6.3.4 Bewertung von bildung.koeln.de durch Stiftung Warentest (3763/2011)
4175/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.
Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, moniert, dass die Antwort sehr knapp gehalten ist und fragt erneut nach, welche anderen Städte von der Stiftung Warentest bewertet wurden.

Frau Parent vom Amt für Weiterbildung antwortet, dass es sich bei den anderen Datenbanken nicht um Städte, sondern um regionale Datenbanken handelte. Die Stiftung Warentest hat dabei insgesamt 26 aus knapp 200 Weiterbildungsdatenbanken getestet, wobei 13 bundesweite, 10 landesweite und 3 regionale Bildungsdatenbanken bewertet wurden.

Bildung.koeln.de schnitt in der Rubrik der **regionalen Weiterbildungsdatenbanken** mit der Note 1,9 vor dem Bildungsnetz Rhein-Main (Note 2,1) und lvv-bildung.de, ein Bildungsnetz aus den neuen Bundesländern, am Besten ab.

6.3.5 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/ 2012
4402/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, macht für seine Fraktion den Vorschlag, in Zukunft **vor** Beginn des Schuljahres bzw. **bei der Anmeldung** die Eltern auf die Einschulungshilfe hinzuweisen oder ihnen ein entsprechendes Infoblatt an die Hand zu geben, um die Quote der berechtigten Anspruchsteller zu erhöhen.

Frau Dr. Klein nimmt diese Anregung auf und gibt diese an das Sozialamt weiter.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, hebt lobend hervor, dass es der Verwaltung mit viel Initiative gelungen ist, die Zahl der Antragsteller trotz der hohen bürokratischen Hemmnisse deutlich zu steigern.

Frau Manderla stellt dazu klar, dass es bei dieser Mitteilung nicht um das Bildungspaket geht, sondern um die Einschulungshilfen.

6.3.6 Wissenschaft im Rathaus - Programm 2012 4566/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Das Programm wird zur Kenntnis genommen.

Frau Manderla lobt die Reihe „Wissenschaft im Rathaus“ als eine schöne Einrichtung, die von den Bürger/innen auch gut genutzt wird.

6.3.7 Projektbeginn Mülheim 2020 4599/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bemängelt, dass für das hochgelobte Projekt „Stadtteilmütter“ kein Geld für eine Weiterbeschäftigung zur Verfügung steht.

Frau Dr. Klein stellt mit Bedauern fest, dass die Stadt dies nicht regeln kann, aber man versuche, in Zusammenarbeit mit der Liga der Wohlfahrtspflege zu klären, ob es Beschäftigungsmöglichkeiten bei freien Trägern gibt.

6.3.8 Abschließende Anpassungen und Mittelumschichtungen bei Maßnahmen des KP II im Dezernat für Bildung, Jugend und Sport 4543/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bittet im Zusammenhang mit den Anlagen zu dieser Mitteilung darum, dass die Mitteilungen der Verwaltung in Zukunft barrierefrei in einem hinreichend lesbaren und großen Schriftbild umgedruckt werden.

6.3.9 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010 4226/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Es wird zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen.

6.3.10 Sachstandsmitteilung Schulzentrum Rochusstraße 4755/2011

Die Mitteilung wurde vorab sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt.
Man will gegebenenfalls nochmals darauf zurückkommen.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, drängt auf eine konkrete Zeitvorgabe für eine konkrete Entscheidung und schlägt die Mitte des kommenden Jahres vor. Der derzeitige Schwebezustand ohne eine Entscheidung über die Zukunft sei für die Schulen sehr schwierig und nicht zufriedenstellend.

Frau Dr. Klein antwortet, dass es bereits viele ergebnislose Gespräche und Abstimmungsrunden zu Raumfragen gegeben habe. Die nun in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie soll Klarheit verschaffen, was vor Ort tatsächlich möglich ist und was nicht. Das Thema ist vor Ort ausdiskutiert und muss nun genau geprüft werden.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, möchte nun seriöse Daten über das haben, was auf dem Gelände möglich ist. Er möchte wissen, in wieweit die Schulen an der Entscheidung beteiligt werden. Darüber hinaus bittet er um Klärung, ob im Rahmen der Machbarkeitsstudie auch geprüft wird, ob mit eingeschossigen Gebäuden das Raumprogramm eingehalten werden kann oder ob hier ein ganz anderes Bauvolumen auf das Gelände aufgebracht werden muss.

Frau Heuer blickt zurück, dass es in der Sache sehr viele Gespräche gab. Die Schulen sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass sie die Frage miteinander nicht aushandeln können und nun eine Entscheidung von Externen wünschen. Nun wird eine Vorlage über vier mögliche Varianten erstellt ohne eine Vorgabe über die Geschosigkeit der Gebäude, das der Politik und den Schulen vorgestellt wird. Diese soll dann eine Entscheidung ermöglichen. In die Machbarkeitsstudie ist auch die Borsigstraße mit einbezogen, was aber noch davon abhängt, wie der parallel laufende Antrag der Hauptschule auf Gründung einer Sekundarschule beschieden wird. Der vorgeschlagene Zeitpunkt Mitte 2012 sei eine erreichbare Zeitschiene, in der die Politik nach Vorstellung eines Ergebnisses entscheiden kann, was gewollt ist.

6.3.11 Ausbau der Qualität des Offenen Ganztags im Bereich kultureller Bildung 4653/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßt den Kompromiss, dass nun eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt wird. Nach einer Diskussion im Unterausschuss wünscht sie sich eine stetige Evaluation und Verbesserung auch des Verfahrens mit Blick auf die Bedarfslage.

6.3.12 Kabinettsentwurf des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW - Beschluss des Integrationsrates 4822/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Senol, Fraktion Die Linke, fragt dazu nach: Was wird konkret in Köln gemacht? Was für Vorbereitungen wurden dazu bisher getroffen? Werden für die Umsetzung des Gesetzes neue Stellen eingerichtet?

Frau Dr. Klein antwortet darauf, dass das umfangreiche Gesetzeswerk zunächst einmal geprüft werden muss: Das Thema Bildung und Integration ist bei der RAA angesiedelt, während das Integrationsreferat im Sozialdezernat beheimatet ist. Es besteht Einigkeit mit Frau Dezernentin Reker und mit dem Stadtdirektor darüber, dass bis zu einem Beweis, dass nach dem Gesetz etwas anderes gemeint ist, in den bestehenden Strukturen weitergearbeitet werden soll. Es fällt auch nicht in die Zuständigkeit des Landes, eine Organisationsstruktur vor Ort vorzugeben. Man wird versuchen, vom Land finanzierte zusätzliche Stellenressourcen so weit wie möglich für Köln zu binden und in die bestehende Organisationsstruktur einzufügen.

Frau Dr. Blüggel von der RAA weist darauf hin, dass das Gesetz noch gar nicht beschlossen ist und gegebenenfalls erst zum 01.01.2012 in Kraft tritt. Es wird darin eine Übergangszeit geben. Das Gesetz sieht eine „Gleichbehandlung“ aller Kommunen vor, wonach 1,5 Stellen für jede Gemeinde vorzusehen sind, unabhängig von der Größe der Gemeinde. Dies muss im Hinblick auf die Größe der Stadt dringend nachgebessert werden, damit man in Köln noch mehr Stellen zusetzt.

Frau Manderla würde sich in diesem Zusammenhang im nächsten Jahr über einen Bericht zu den schulrelevanten Punkten in diesem Gesetz freuen.

Frau Mucuk, SPD-Fraktion, merkt an, dass man die von Frau Dr. Blüggel vorgebrachte Kritik bereits im Integrationsrat ausgiebig diskutiert und an den Abteilungsleiter, Herrn Rütten, weitergeleitet hat. Auch der Landesintegrationsrat NRW hat sich explizit, zuletzt auf seiner Mitgliederversammlung, mit der Thematik auseinandergesetzt. Sie hofft, dass diese Kritik auch Erfolg hat, wagt aber keine Prognose darüber.

Frau Senol, Fraktion Die Linke, fragt nochmals nach, ob die vom Land finanzierte Stellen bei der RAA angesiedelt werden.

Frau Dr. Klein erklärt, dass das davon abhängt, wie das im Gesetz vorgesehen ist.

6.3.13 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bildungspaket der Bundesregierung 4589/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

6.3.14 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 hier: Ausblick auf die Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung 4741/2011

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Mitteilung über den Stand der Schulbausanierung

6.4.1 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau 3884/2011

Herr Kaven von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erklärt nochmals, dass der Bericht über den Sachstand der Schulbaumaßnahmen nicht vorliegt, weil er nicht rechtzeitig schlussgezeichnet wurde. Da die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erhebliche Zeit in die Erstellung zahlreicher Listen und Sachstandsberichte für diverse Ausschüsse investierte, will man in Zukunft dazu übergehen, die entsprechenden Daten digital aufzubereiten und in anderer Form zum Selbstabruf zur Verfügung zu stellen. Dabei seien noch die Zugriffsberechtigungen zu klären. Er bittet bis dahin noch um Geduld.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, wünscht, dass der Politik dann dieselben Zugriffsrechte wie den Schulen zu gewähren sind.

Herr Kaven bestätigt, dass man den Umfang der Zugriffsrechte derzeit mit dem Amt für Informationstechnik eruiere. Die Daten an sich seien bereits vorhanden. Nun müsse nur noch geprüft werden, welcher Personenkreis welche Zugriffsrechte erhält.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, wünscht, dass die Daten, die bereits vorhanden sind, mit der nächsten Post als Umdruck in Papierform zur Verfügung gestellt werden, damit man Zeit hat, sich das in Ruhe anzusehen.

Herr Kaven sagt dies zu.

7 Anfragen

Herr Philippi, SPD-Fraktion, hat erfahren, dass das Projekt „**Lernen vor Ort**“ zum Schuljahresende im Sommer 2012 auslaufen soll und möchte wissen, ob dies stimmt.

Frau Dr. Klein erklärt dazu, dass es für dieses Projekt 2 Förderphasen gab: Die Phase I läuft bis August 2012. Ein Folgeantrag für die Phase II wird auf Grund von verwaltungsinternen Entscheidungen und in Folge von Ressourcenfragen voraussichtlich nicht gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, möchte zur **Öffnung von Schulhöfen** zum Spielen (am Beispiel Deutz) wissen, ob aufgrund der aus dem Ganzttag resultierenden Veränderungen von der Verwaltung ein neues Konzept zu diesem Thema vorbereitet werde.

Frau Dr. Klein unterscheidet zwischen dem Thema „Spielplatzbedarfsplan“, das am 07.02.2012 im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird, und der „Öffnung von Schulhöfen“: Die Öffnung von Schulhöfen nach Unterrichtschluss setzt voraus, dass die Schulen damit auch einverstanden sind und die Öffnungs- bzw. Schließzeiten sichergestellt werden. Die Schulen stehen dem Thema überwiegend ablehnend gegenüber, weil es mit zahlreichen Problemen wie z.B. Vandalismus verbunden ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, stellt darüber hinaus eine Frage zum ersten **Maßnahmenkatalog aus dem Klimaschutzbereich**: Ihm fehlt eine explizite Einbeziehung der Schulen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass der Maßnahmenkatalog im Stadtvorstand abgestimmt wurde, doch konnten nicht alle Schulen mit einbezogen werden.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, fragt in Bezug auf die **Einberufung eines Arbeitskreises für die Gesamtschule Nippes** auf Antrag der SPD-Fraktion in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Nippes, wie die Verwaltung damit umgehe, weil sie befürchtet, dass dies zu einer flächendeckenden Gründung von Arbeitskreisen für Neu- und Erweiterungsbauten führen könne. Das sei nicht besonders hilfreich.

Frau Heuer ist dankbar für diese Äußerung und stellt im Hinblick auf anderslautende Presseberichte klar, dass die Bezirksvertretung rechtzeitig über den Sachstand informiert wurde. Sie versichert, dass die Schulsachbearbeiter und Vertreter der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln vor Ort bei sämtlichen Baumaßnahmen im Vorfeld intensive Besprechungen mit den Schulen und meistens auch mit den Eltern vor Ort durchführen. Es steht jeder Schule frei, die politischen Vertreter zu den Baubesprechungen im Vorfeld mit einzuladen. In Bezug auf Nippes wird es auch im Rahmen des Architektenwettbewerbes erneut ein großes Forum geben, in das die Bezirksvertreter mit eingebunden werden. Die zusätzliche Einbeziehung eines Arbeitskreises aus der Politik

binde unnötig viel Arbeitskraft und es sei zu befürchten, dass kein Personal übrig bleibt zur Bearbeitung der Baumaßnahme.

Frau Manderla hat erfahren, dass die Zuschüsse für **Schulbibliotheken** seit vielen Jahren gleich geblieben sind oder sogar sinken. Sie bittet um einen Sachstandsbericht darüber.

Frau Heuer ist sich sicher, dass die Zuschüsse konstant geblieben sind und sagt eine schriftliche Beantwortung im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung zu.

8 Verschiedenes

gez. Manderla, 20.12.2011

Manderla

Vorsitzende

gez. Bernecker, 20.12.2011

Bernecker

Schriftführer